

2  
3  
4  
5 **Antragsteller: Junge Liberale**

6 **Drs.:** \_\_\_\_/\_\_\_\_

7  
8 Ja  
Nein  
Enthaltungen

9  
10 Angenommen  
11 Ja  
Nein  
Überwiesen

12  
13 **NEIN zur Verstaatlichung der Energienetze**

14  
15 Der Landesparteitag möge beschließen:

16  
17 Die FDP Hamburg distanziert sich von den Zielen der Volksinitiative „Unser Hamburg  
18 - Unser Netz“ und setzt sich für ein „Nein“ beim Volksentscheid zur 100-prozentigen  
19 Rekommunalisierung der Energienetze am 22. September 2013 ein. Darüber hinaus  
20 fordert die FDP Hamburg, dass die Stadt Hamburg ihren Anteil von 25,1% an den  
21 Netzgesellschaften verkauft.

22  
23 Begründung:

24  
25 Im Juli 2010 startete die Volksinitiative „Unser Hamburg - unser Netz“. Sie hat es sich zum  
26 Ziel gesetzt, anlässlich des Auslaufens der Verträge der Stadt mit den Konzernen Vattenfall  
27 und E.on zum Jahr 2014, die Verlängerung der Verträge zu verhindern und eine 100-  
28 prozentige Rekommunalisierung der Hamburger Energienetze zu erreichen. Dies unterstüt-  
29 ze, laut der Initiative, die Hamburger Energiewende.

30  
31 Bis Juni 2011 sammelte die Initiative etwas über 116.000 Unterschriften und erfüllte damit  
32 die Voraussetzungen für einen Volksentscheid. Dieser wird parallel zur Bundestagswahl am  
33 22. September 2013 stattfinden; das Quorum wird daher mit an Sicherheit grenzender Wahr-  
34 scheinlichkeit erfüllt werden.

35  
36 Der SPD-Senat initiierte in der Bürgerschaft eine Beteiligung von 25,1% an den Netzgesell-  
37 schaften Vattenfall und E.on. Diese kostete die Stadt 543,5 Mio. Euro und belastet den  
38 Haushalt neben den unmittelbaren Kosten langfristig durch immens hohe Zinsverpflichtun-  
39 gen. Eine 100-prozentige Rekommunalisierung würde die Stadt mindestens 2 Mrd. Euro kos-  
40 ten und noch weitaus höhere Zinsverpflichtungen nach sich ziehen.

41  
42 Ein solches Vorgehen steht dem Wettbewerbsgedanken entgegen, belastet den Haushalt  
43 kurz- und langfristig in unzumutbarer Höhe und überfordert die Stadt auch organisatorisch.

44  
45 Zudem kann eine Rekommunalisierung der Energienetze weder einen positiven Effekt auf  
46 die Energiepreise haben, noch dient sie einer Förderung von ökologisch erzeugter Energie.

47 Die Durchleitungspreise sind von der Bundesnetzagentur geregelt. Dies gilt auch für die  
48 Pflicht, allen Energieanbietern einen Zugang zu den Netzen zu gewähren. Eine Rekommun-  
49 nalisierung würde also in keinster Weise dazu führen, dass mehr ökologisch erzeugte Ener-  
50 gie durch die Netze fließen würde.  
51  
52 Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.